

Nr. 16/13 vom 13.09.2016

European Energy Colloquium

Deutschland und seine elektrischen Nachbarn – Kommt jetzt die Teilung der Strompreiszonen?

Brüssel. Die Aufteilung der Strompreiszonen, innerhalb derer Marktteilnehmer ohne Kapazitätsvergabe Energie austauschen können, steht zur Diskussion. Ursache dafür ist die zunehmende Diskrepanz zwischen der gehandelten Strommenge und den dafür zur Verfügung stehenden Übertragungskapazitäten. Vor diesem Hintergrund diskutierte das Forum für Zukunftsenergien im Rahmen des „European Energy Colloquium“ am 7. September 2016 in Brüssel die Konsequenzen, die sich insbesondere für die gemeinsame deutsch-österreichische Strompreiszone ergäben.

Der schnelle Ausbau von erneuerbaren Energien, gepaart mit einem zu langsamen Ausbau der Netze, führe zu einer Desintegration der Märkte in Europa. Deshalb sehe sich die Europäische Kommission gezwungen einzugreifen, so Prof. Dr. Klaus-Dieter Borchardt, Director „Internal Energy Market“, DG Energy, Europäische Kommission. So würden zu Spitzenzeiten beispielsweise bis zu 10 Gigawatt von Deutschland nach Österreich exportiert, und das bei einem Umfang der zur Verfügung stehenden Kapazitäten von 5,5 Gigawatt. Im Ergebnis führe diese Situation dazu, dass der gehandelte Strom die Nachbarnetze belaste, worunter insbesondere Polen und Tschechien litten und die Dispatch- bzw. Redispatch-Maßnahmen in erheblichem Umfang zugenommen hätten. Die Kosten für diese Maßnahmen beliefen sich inzwischen auf fast eine Milliarde Euro pro Jahr. Abhilfe verspreche eine Teilung der Strompreiszonen, wodurch ein Anreiz geschaffen werde, Erzeugungsanlagen dort zu errichten, wo der Strom teuer ist. Ein entsprechender Vorschlag der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) von 2014, der eine Trennung der deutsch-österreichischen Zone vorsieht, werde jedoch von der österreichischen Energieregulierungsbehörde E-Control vehement abgelehnt. Die Europäische Kommission sehe das Problem vor allem in dem verzögerten Netzausbau innerhalb Deutschlands und schlage daher die Teilung Deutschlands in eine Nord- und eine Südpriestzone vor. Dieser Vorschlag stehe, entgegen kürzlich bekanntgewordenen Berichten, weiterhin zur Diskussion.

Zur Entlastung der Netze von großen Mengen an Windstrom aus dem Norden Deutschlands könne, so Prof. Borchardt weiter, auch die Klärung von Auffälligkeiten an der Grenze zwischen Deutschland und West-Dänemark beitragen. Dort komme es täglich zu einer starken Reduzierung der Stromübertragungskapazitäten, weshalb sich u. U. die DG Wettbewerb dieses Problems annehmen werde. Einen ähnlichen Fall habe es 2010 zwischen Dänemark und Schweden gegeben, in dessen Folge Strompreiszonen in Schweden eingeführt wurden.

Der Verband Europäischer Übertragungsnetzbetreiber (ENTSO-E) arbeite derzeit an einer Gebotszonen-Studie, dessen Ergebnisse Ende 2016 oder Anfang 2017 erwartet werden, berichtete Dr. Klaus Kleinekorte, Member of the Board, ENTSO-E. Darin werde die Aufteilung der Gebotszonen innerhalb des europäischen Elektrizitätsmarktes überprüft und entsprechende Empfehlungen ausgesprochen werden, wie diese optimiert werden könnten. Die Mitgliedstaaten hätten anschließend sechs Monate Zeit zu entscheiden, ob und wie diese umgesetzt werden sollten. Eine solche Analyse sei sehr aufwendig und komplex, da bereits kleine Veränderungen am Netz große Effekte haben können. So habe beispielsweise die kürzlich durchgeführte Trennung einer der Leitungen nach Polen dazu geführt, dass es dort praktisch nicht mehr zu Redispatch-Maßnahmen komme. Die Studie trage auch zur Identifizierung solcher Schwachstellen bei und erlaube deren Behebung. Generell betonte er, dass die Gebotszonen und somit die Spielregeln nicht alle halbe Jahre verändert werden sollten, weshalb ein solcher Bericht nur alle drei Jahre erstellt werden sollte.

Sylvia Spruck, Deputy Head of Section, Bundesnetzagentur, warnte davor, dass im Falle einer Neuaufteilung von Gebotszonen der Netzausbau neu überdacht werden müsse. Die umfangreichen Planungen und Baumaßnahmen im Rahmen des Netzausbaus bedürften einer

gewissen Kontinuität. Außerdem sei auch bei einer Neukonfiguration der Gebotszonen auf den geplanten Netzausbau Rücksicht zu nehmen. Insgesamt sei sicherzustellen, dass die Gebotszonenkonfiguration dem Stromnetz entspreche, und auch nach dem abgeschlossenen Netzausbau müsse sie bei weiterhin bestehenden Engpässen überdacht werden. Nach Berechnungen der Bundesnetzagentur werde es einen solchen Engpass an der deutsch-österreichischen Grenze auch in Zukunft geben. Demzufolge sei für die Jahre 2019/2020 zwischen Deutschland und Österreich lediglich die Übertragung von 2,5 Gigawatt gesichert (N-1-Regel) möglich. Den Befürchtungen vor Konsequenzen aus einer Trennung dieser Gebotszone stellte sie entgegen, dass dies nicht das Ende des Stromhandels bedeuten würde, sondern lediglich die Kappung von Handelsspitzen.

Peter Styles, Member of the Board, European Federation of Energy Traders (EFET), führte aus, dass ein offener und inklusiver europäischer Großhandelsmarkt nur funktioniere, wenn dieser alle Erzeugungsquellen einbinde und ohne den Eingriff durch versteckten oder nicht-marktbasierten Subventionen funktioniere. Für den grenzüberschreitenden Stromhandel sei es wichtig, die Kalkulation der vorhandenen Netzkapazitäten für jegliche internationale Stromtransaktionen transparent zu gestalten. Außerdem bedürfe es eines objektiven und marktbasieren Engpassmanagements. Des Weiteren müssten Redispatch-Maßnahmen transparent und marktbasieren durchgeführt und mit den Nachbarnetzen koordiniert werden. Insgesamt spreche sich EFET nicht generell gegen die Überprüfung von Gebotszonen aus, da diese aus historischen Gründen oft den Staatsgrenzen der Mitgliedstaaten entsprächen und diese nicht immer mit der Realität der geographischen Großhandelsmärkte übereinstimmten.

In der anschließenden Podiumsdiskussion mit den Vortragenden übernahm Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien, die Moderation von Dr. Bernd Biervert, stellvertretender Kabinettschef des Vizepräsidenten der EU-Kommission Maroš Šefčovič sowie ehrenamtlicher Vorsitzender des „European Energy Colloquium“. Dabei wurde unterstrichen, dass insbesondere Polen zur Lösung des Problems beitragen könne, indem es den Strom aus erneuerbaren Energien erwerbe und nicht einfach weiterleite. Andererseits wurde argumentiert, dass der Markt auf die Integration von erneuerbaren Energien besser vorbereitet werden müsse. So könne der Ausbau von erneuerbaren Energien beispielsweise lokal gefördert werden, um das Handesvolumen und die Kapazitäten wieder in ein Gleichgewicht zu bringen. Ebenso wurde in der Optimierung der Redispatch - Maßnahmen eine Möglichkeit zur Verbesserung der Situation gesehen. Im Hinblick auf die Bedeutung der deutsch-österreichischen Strompreiszone wurde zu bedenken gegeben, dass diese aufgrund ihrer Größe und Zentralität einen Vorbildcharakter für einen integrierten europäischen Markt besitze, weshalb ihr Bestand nicht leichtfertig aufgegeben werden sollte.

Die Präsentation von Dr. Klaus Kleinekorte steht für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien auf der Website (Presse/Publikationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: info@zukunftsenergien.de .

Das Forum für Zukunftsenergien bedankt sich bei der Siemens AG für die Unterstützung und bei der Landesvertretung Rheinland-Pfalz für die Gastfreundschaft.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 250 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Gregor J. Weber M.A.
Referent
Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
weber@zukunftsenergien.de
www.zukunftsenergien.de